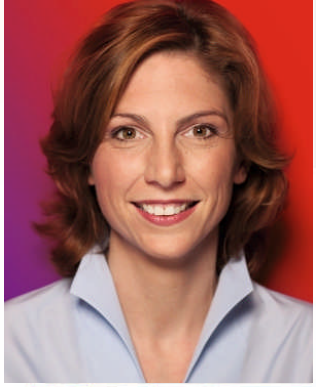

Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
ach herrjeh... da will ich wieder nach meinem Mutterschutz ab 2. Juni wieder vermehrt Termine wahrnehmen... da macht mit meine Gesundheit einen Strich durch die Rechnung: erst stürze ich unglücklich und verletze mich am Bein, so dass ich kurzfristig Termine absagen musste und dann wird mein "restart" in Berlin versemmelt, weil ich nochmal kurz im Krankenhaus vorbeischauen musste.
Also: Der Wiedereinstieg ist nicht von 0 auf 100 - sondern mit ein paar Zwischenstopps versehen.
Freu mich aber auf unsere Begegnungen vor Ort!
Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de

Topthema

ElterngeldPLUS – Für partnerschaftliche Arbeitsteilung!

Seit ihrem Amtsantritt versucht Manuela Schwesig, eine gerechtere Arbeitsteilung zwischen Partnern zu ermöglichen. Die notwendigen gesetzlichen Regelungen liegen nun vor. Das Bundeskabinett hat jetzt den Gesetzentwurf für ein ElterngeldPlus von Familienministerin Manuela Schwesig beschlossen.
Das ElterngeldPLUS bringt Familien mehr Spielraum bei der Gestaltung des Elterngeldes. Das ElterngeldPLUS bedeutet beim Elterngeld eine Trendwende in Richtung mehr Partnerschaftlichkeit.
Denn die bisherigen Regelungen „bestrafen“ Eltern, die zeitgleich Elterngeld beziehen, um sich partnerschaftlich Erwerbsarbeit und Kinderbetreuung zu teilen. Das wird jetzt anders.
Der Gesetzentwurf beendet nicht nur diese Benachteiligung, sondern setzt mit dem Partnerschaftsbonus noch einen zusätzlichen Anreiz für eine partnerschaftliche Arbeitsteilung.
Das ElterngeldPLUS unterstützt so auch die frühe Rückkehr beider Eltern in den Beruf. Das entspricht den Wünschen vieler junger Mütter und Väter. Denn 60 Prozent von ihnen wollen sich Erwerbsarbeit und Familie partnerschaftlich teilen, aber nur 14 Prozent können diesen Wunsch verwirklichen.
Das ElterngeldPLUS wird vielen helfen, ihr favorisiertes Lebensmodell tatsächlich zu leben. Die Flexibilisierung der Elternzeit bringt auch mehr Zeitsouveränität für Eltern. Sie können künftig ihren Anspruch auf Arbeitszeitreduzierung oder auf eine Auszeit leichter realisieren, bis das Kind acht Jahre alt ist.
Das hilft zum Beispiel dann, wenn Eltern sich rund um die Einschulung mehr Zeit für ihr Kind nehmen wollen. Mit dem Vorstoß macht Manuela Schwesig einen ersten wichtigen Schritt auf dem Weg zu Familienarbeitszeiten. Sie hat dabei unsere volle Unterstützung.
Denn wir brauchen für eine bessere Vereinbarkeit von Leben und Arbeit neue Arbeitszeitnormen. Das gilt für die Eltern kleiner Kinder genauso wie für die Eltern größerer Kinder und auch für Beschäftigte, die sich um ihre pflegebedürftigen Angehörigen kümmern.

Wohnungspolitik

Bauen und Wohnen – Bundesweit gleich regeln!

In einer zweitägigen Konferenz haben Mitglieder unserer Bundestags- und Landtagsfraktionen gemeinsam mit Bundesbauministerin Barbara Hendricks aktuelle Fragen der Wohnungspolitik beraten.
Dabei standen unter anderem die Themenfelder Mietpreisbremse, Baukostenentwicklung, demografischer Wandel sowie die Fortentwicklung des Bundesprogramms Soziale Stadt auf der Tagesordnung.
Die explodierenden Mietpreise in deutschen Städten zeigen, wie wichtig die Einführung einer Mietpreisbremse bei Weitervermietungen ist. Wir werden alles daran setzen, die im Koalitionsvertrag festgeschriebene Einigung rasch Wirklichkeit werden zu lassen.
Ein weiteres wichtiges Thema sind die steigenden Baukosten. Wir unterstützen das Vorhaben der Bundesbauministerin zur Einsetzung einer Kommission zur Überprüfung von Bauvorschriften und Regularien. Bauvorschriften, die das Bauen teurer machen, gehören auf den Prüfstand.
Wir brauchen gute Regeln und gute Baustandards, aber das darf nicht dazu führen, dass der freifinanzierte Neubau nur noch zu Höchstmieten an den Markt gehen kann. Daneben müssen wir die Anstrengungen zum Bau von barrierefreien und barrierearmen Wohnungen weiter voranzutreiben.
Hinsichtlich des demographischen Wandels ist es zwingend notwendig, dass auch der Bund hier aktiv wird. Im Bereich der Städtebauförderung sind wir auf einem guten Weg. Vor allem das Programm Soziale Stadt war über Jahre hinweg unterfinanziert und zu einer reinen Förderung in Beton degradiert worden.
Das wird sich in Zukunft ändern. Am Beispiel Hamburg kann man sehen, wie erfolgreiche Wohnungspolitik funktioniert.
Die Hansestadt setzt hier Maßstäbe und ist Vorbild für viele andere Bundesländer, die nun ebenfalls Bündnisse für das Wohnen auf den Weg bringen.
Wir begrüßen es, dass auch Bauministerin Hendricks solche Vereinbarungen auf Bundesebene schließen möchte.

Umwelt

Atom-Endlager – Nun wird bundesweit gesucht!

Letzte Woche hat sich die Kommission zur „Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe“ konstituiert. Sie hat die Aufgabe, das Standortauswahlgesetz, welches die Grundlagen für das Auswahlverfahren bildet, zu evaluieren.

Zudem sollen gesellschaftspolitische und wissenschaftlich-technische Fragestellungen zur Endlagersuche erörtert werden.

Ab nun wird die Endlagerfrage in Deutschland nicht länger nur um Gorleben diskutiert, sondern bundesweit. Der Deutsche Bundestag hat mit der Konstituierung der Endlager-Kommission Neuland betreten.

Die 16 Vertreter der Politik nehmen sich zurück. Denn die Endlagerkommission ist ein Gremium der Zivilgesellschaft. Stimmrecht haben nur die acht Wissenschaftler und die acht Vertreter der Verbände und Gesellschaftlichen Gruppen. Das ist einmalig in der Geschichte des Bundestages.

Per Gesetz hat die Kommission rund zwei Jahre Zeit, um wichtige Fragen zu klären – unter anderem: Welche Endlager-Medien sind geeignet: Salz, Ton, Granit oder etwa alle?

Soll der hochradioaktive Abfall rückholbar, oder für alle Zeiten verschlossen gelagert werden?

Mit der Konstituierung geht die Endlagerfrage zurück auf Null. Die Region um Gorleben hat dabei den gleichen Status wie andere mögliche Regionen – nämlich gar keinen. Auch dieses Kapitel wird damit jetzt beendet. Unser Blick richtet sich in die Zukunft.

Die Kommission hat den Auftrag, die Weichen zu stellen für ein faires und transparentes Suchverfahren. Am Ende der Suche soll das bestmögliche Endlager stehen.

Unsere Bundestagsfraktion entsendet vier Mitglieder in die Endlager-Kommission: Matthias Miersch und Ute Vogt (ordentliche Mitglieder) sowie Hiltrut Lotze und Carsten Träger (stellvertretende Mitglieder).

Rente

Vertrauensschutz bei Aufwandsentschädigungen bleibt!

Mit dem Rentenpaket ist auch eine Verlängerung der Übergangsregelung für sogenannte Ehrenbeamte beschlossen worden. Das ist eine gute Nachricht nach der Kommunalwahl für all diejenigen kommunalpolitisch Aktiven, die sich noch im Rentenalter als sogenannte „Ehrenbeamte“ (zum Beispiel ehrenamtliche Bürgermeister, Ortsvorsteher) in ihren Kommunen engagieren.

Als Teil des Rentenpakets ist nun für diese Personengruppe eine wichtige Übergangsregelung bezüglich ihrer Einkünfte verlängert worden.

Die Aufwandsentschädigungen von kommunalen Ehrenbeamten bleiben von der Berücksichtigung als Hinzuverdienst bei Alters- und bei Erwerbsminderungsrenten der gesetzlichen Rentenversicherung jetzt bis zum 30. September 2017 weiterhin ausgenommen.

Die Verlängerung dieser Vertrauensschutzregelung ist durch einen gemeinsamen Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen im federführenden Ausschuss für Arbeit und Soziales in das Rentenpaket eingefügt worden.

Die bisher geltende Regelung sah das Auslaufen dieser besonderen Regelung bereits zum 30. September 2015 vor. Diese zusätzliche Übergangszeit werden wir in unserer Bundestagsfraktion dazu nutzen, eine systematisch einwandfreie Regelung für die Zeit danach zu erarbeiten. Ich engagiere mich mit unserer Bundestagsfraktion für eine dauerhafte Lösung. Wir wollen die Menschen anerkennen, die sich noch im Rentenalter für ihre Kommunen ehrenamtlich engagieren. Schließlich gilt das Motto des gesamten Rentenpakets „nicht geschenkt, sondern verdient“ in besonderer Weise für diese Personengruppe.

Bonbon

„Die SPD lädt ein: Ein Zentralkomitee kommt, der Marx ist dabei, jetzt fehlt nur noch der Engels”

(Karin Kortmann, SPD, Mitglied im Zentralkomitee der deutschen Katholiken)

Umwelt

Städte 2050 – Zwei Drittel aller Menschen werden dort leben!

Der Tag der Umwelt gestern stand dieses Jahr unter dem Motto „Natur ganz nah – gut leben in der Stadt“.

Unsere Bundestagsfraktion spricht sich aus diesem Anlass dafür aus, die weltweite Urbanisierung und deren Folgen für die Umwelt stärker in den Blick zu nehmen. Zwei Drittel aller Menschen werden im Jahr 2050 in Städten leben. Der Schwerpunkt der zunehmenden Urbanisierung wird in Asien und Afrika liegen. Die Entwicklung der Städte und der kommenden „Megacities“ ist eine enorme Herausforderung. Von der Frage, wie nachhaltig sich die Städte entwickeln, werden das Weltklima und der Ausstoß von Treibhausgasen abhängen. In den nächsten Jahren werden die Weichen gestellt, ob künftig fossile oder erneuerbare Energien den Energiehunger der wachsenden Städte stillen werden. Das ist auch eine Weichenstellung für das Weltklima. In der Debatte um die Globalen Nachhaltigkeitsziele und die Post-2015-Entwicklungsagenda setzen wir uns daher für nachhaltige Städte ein. Die Versorgung durch erneuerbare Energien, eine nachhaltige Verkehrspolitik und ausreichend Grünflächen statt Totalversiegelung des Bodens sind wichtige Beiträge für eine nachhaltige Stadt. Grünflächen in der Stadt helfen nicht nur dem Stadtklima und der Luftqualität, sie dienen auch der Lebensqualität. Wichtig ist, Anwohner einzubeziehen und zu beteiligen, denn es geht um ihr Lebensumfeld. Die Globalen Nachhaltigkeitsziele werden sich nicht allein an die Entwicklungsländer richten, sondern sollen global gelten. Das ist eine große Chance für grüne und nachhaltige Städte auch in Deutschland und Europa.

Menschenrechte

China – Das Massaker vom Juni 1989 in Erinnerung halten!

Die chinesische Staatsführung unterdrückt mit allen Mitteln das Gedenken an die Opfer des Massakers auf dem Platz des Himmlischen Friedens am 4. Juni 1989. Bereits Wochen vor dem 25. Jahrestag wurden Menschenrechtsaktivisten und Regimegegner verhaftet. Wir verurteilen das verordnete Totschweigen der damaligen Gräueltaten und fordern die sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen. Wir verurteilen die Zensur aller Informationen, die sich auf den 4. Juni beziehen und fordern die staatlichen Stellen auf, Auslandskorrespondenten nicht länger einzuschüchtern und frei berichten zu lassen. Vor allem aber fordern wir die sofortige Freilassung aller Personen, die im Vorfeld des Jahrestages verhaftet wurden, und aller Gefangener, die ihr Recht auf freie Meinungsäußerung genutzt haben und deshalb in Haft sind.

Termine

08.06.14	**14.00 Uhr**	**Festumzug 90 Jahre Schützenverein Leuzbach-Bergenhausen**
10.06.14	**18.00 Uhr**	**Konstituierung VG-Rat Hamm**
11.06.14	**19.30 Uhr**	**Juso-Stammtisch Kreis Altenkirchen Marktstube Wissen**
13.06.14	**19.00 Uhr**	**50-jähriges Jubiläumsfest Etzbach**

ACHTUNG: *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**